

Ausgabe 10.2021

Deka
Investments

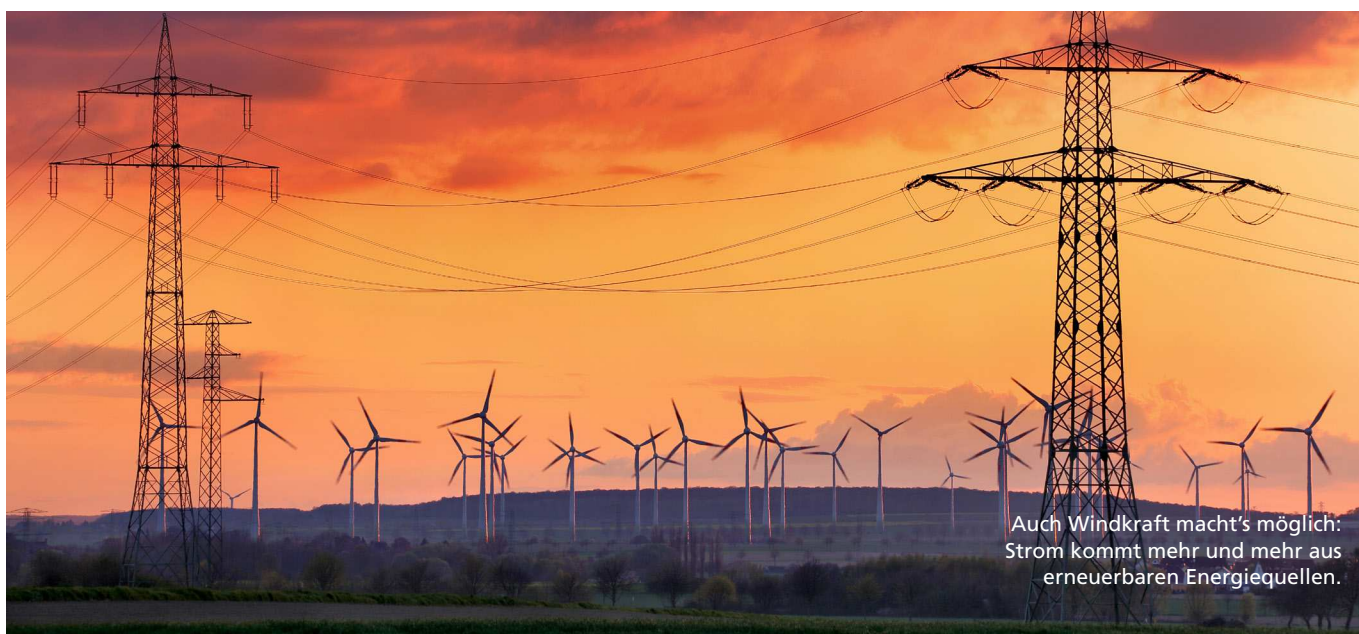
fondsmagazin

Ein Newsletter der DekaBank –
Was Märkte bewegt, was Anlegerinnen und Anleger wissen müssen

Sonderdruck
Kreissparkasse
Wiedenbrück

01 Sonne und Wind statt Kohle
04 „Ökostrom ist das neue Öl“
07 Vom Klimaschutz profitieren

09 Koalition – die Ampel steht auf Grün
11 Das Sparschwein richtig füttern



Auch Windkraft macht's möglich:
Strom kommt mehr und mehr aus
erneuerbaren Energiequellen.

ENERGIEVERSORGUNG

FERTIG MACHEN ZUR WENDE

Der Klimawandel sowie konkrete staatliche und wirtschaftliche Pläne verändern nachhaltig unsere Energieversorgung. Das hat auch Bedeutung für Anlegerinnen und Anleger und deren Vermögensbildung.

TEXT: Thomas Luther

Die linksrheinische Autofahrt von Köln ins benachbarte Düsseldorf bietet zur abendlichen Stunde beim Blick gen Westen ein mitunter spektakuläres Panorama. Vor der untergehenden Sonne baut die Phalanx der drei Kraftwerke, die die Kohle aus dem di-

rekt angrenzenden Braunkohlerevier verstromen, eine imposante Kulisse am Horizont auf. Gleich rechts daneben ragen die ersten Windräder des Windparks Garzweiler empor, der sich Richtung Norden erstreckt. Ein Bild mit Symbolcharakter. Auf der einen Seite, die im wahrsten Sinne des Wortes schmutzige Variante, Energie zu erzeugen: mit täglich anfallenden Tonnen an Staub, Ruß und vor allem klimaschädlichem CO₂. Auf der anderen Seite der moderne Gegenentwurf, mit der Kraft des Windes umweltfreundlich Strom zu produzieren.

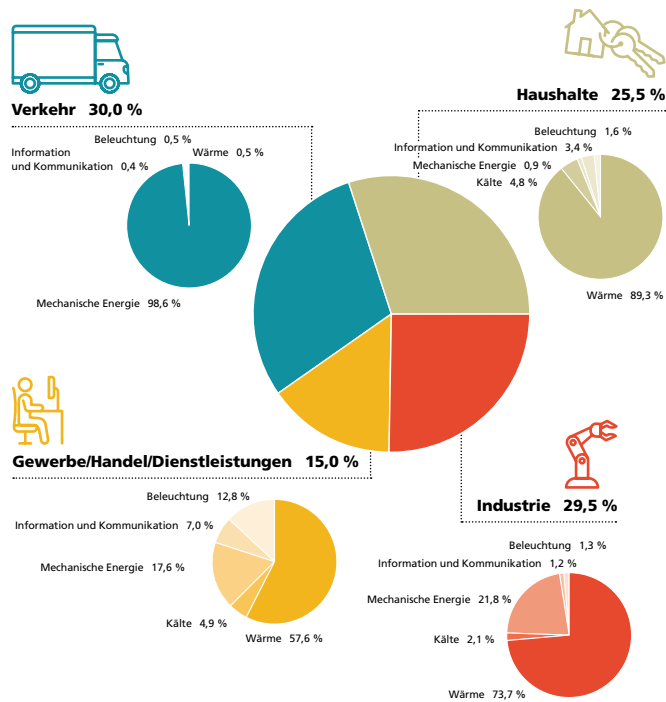
Dass dieses Bild zum Ende dieses Jahrzehnts noch so zu sehen sein wird, ist zunehmend unwahrscheinlich. Der Druck auf ▼

STATISTIK

Energieverbrauch in Deutschland

Die Hebel für staatliche Lenkung sind klar sichtbar: Der Verkehr ist der größte Energieverbraucher, gefolgt von Industrie und privaten Haushalten.

Nach Sektoren – Anteile in Prozent 2018



Quelle: AG Energiebilanzen; Zahlen gerundet, Stand: 10/2019

▼ die künftige Bundesregierung steigt, den bereits beschlossenen Ausstieg aus der Kohleverstromung von 2038 auf das Jahr 2030 vorzuziehen. In einer Anfang Oktober veröffentlichten Studie kommen Wissenschaftler renommierter Forschungsinstitute zum Schluss: Will Deutschland seine Klimaziele erreichen, muss der Ausstieg aus der Kohle früher als geplant kommen und der Ausbau beim Ökostrom deutlich schneller erfolgen. „Die Klimaschutzziele für 2030 und 2045 sind extrem herausfordernd und können nur mit massiven Investitionen, zusätzlichen politischen Maßnahmen und Infrastrukturaufbau in allen Sektoren erreicht werden“, heißt es in der Studie.

Bereits Ende vergangenen Jahres zeigte eine andere Untersuchung im Auftrag der Agora Energiewende, dass die Kohleverstromung auch wirtschaftlich zunehmend unrentabel wird. Wenn die Europäische Union (EU) im Zuge ihres Green Deals ab 2030 den CO₂-Preis nach oben schraubt, werden sich die Kosten für Strom aus der besonders klimaschädlichen Braunkohle verdoppeln. Beim Einsatz von Steinkohle wird Strom um 50 Prozent teu-

rer. Kommt tatsächlich in knapp zehn Jahren ein CO₂-Preis von 100 Euro, wie es derzeit diskutiert wird, dürfte sich ein vorzeitiger Kohleausstieg damit von alleine regeln.

Auch die deutsche Wirtschaft fordert mehr Tempo bei der Energiewende. Zu Beginn der vertieften Sondierungsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP appellierten 69 deutsche Konzerne an die Bundesregierung in spe, den Ausbau von Wind- und Solarparks massiv voranzutreiben. Die Unterzeichner, zu denen unter anderem der Versicherungsriese Allianz, die Drogeriekette Rossmann und die Versorger EnBW und Eon gehören, fordern, dass bis 2030 mindestens 70 Prozent des deutschen Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken sind. Bisher sind es weniger als 50 Prozent. Die Unternehmen wollen verlässliche Rahmenbedingungen haben, wie die Politik Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad bis 2045 führen will. Viele erhoffen sich auch neue Geschäfte beim Umbau der Wirtschaft.

LANGER WEG BIS ZUM ENDE DER KOHLE

Die immer strengeren Klimaregeln treffen dabei nahezu jede Branche – von Stahl- über Maschinen- und Automobilbau bis hin zu Touristik, Handel und Wohnungswirtschaft. Es wird noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis genug Versorgungskapazitäten aus erneuerbaren Energien bereitstehen, um damit den kompletten Strombedarf in Deutschland zu decken. „Ein direktes Abschalten der Kohlekraftwerke, um das CO₂ schnell zu senken, wäre technisch und wahrscheinlich auch juristisch möglich. Aber dann müsste die Frage beantwortet werden, wie man die Kohleverstromung ad hoc ersetzt“, sagt Michael Schneider, Fondsmanger bei der Deka. „Das müsste Hand in Hand gehen mit einem zügigen Ausbau einer modernen Strominfrastruktur.“ Die Strategie dafür steht noch nicht. Verstärkter Einsatz von Gas wäre eine Übergangslösung. „Doch wer soll in neue Gaskraftwerke und die notwendige Versorgungsinfrastruktur investieren, wenn in einigen Jahren der komplette Ausstieg aus der fossilen Energie ansteht?“, so Schneider. Zudem besteht die Gefahr, dass Deutschland „schmutzigen“ Strom aus Nachbarländern importiert, um Versorgungsengpässe im Inland zu überbrücken. Problematisch für die Klimastrategie einer neuen Bundesregierung.

UNTERNEHMEN MÜSSEN AUCH UMBAUEN

Allein mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist es außerdem nicht getan. Die Unternehmen sind gefordert, ihre Produktions- und Logistikprozesse, mitunter sogar ihr gesamtes Geschäftsmodell umzubauen, um die Wende hin zu einem nachhaltig emissionsfreien Wirtschaften zu schaffen. Firmen, die zurückhängen oder nicht mitziehen, riskieren nach Einschätzung von Klimaexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung über kurz oder lang ihre Existenz → **Interview auf Seite 4**. Auch deshalb, weil die Investoren „schmutzigen“ Unternehmen zunehmend den Geldhahn zudrehen werden. „Wer sich als Investor entgegen den Klimazielen in Unternehmen engagiert, die fossile Brennstoffe fördern oder verarbeiten oder die weiter hohe CO₂-Emissionen produzieren, setzt sich prinzipiell er- ▼

heblichen Reputationsrisiken aus“, sagt Ingo Speich, Leiter Nachhaltigkeit & Corporate Governance bei der Deka. „Auch die ökonomischen Risiken eines solchen Engagements steigen tendenziell. Denn im Zuge der globalen Energiewende wächst die Gefahr, dass Kohlereserven an Wert verlieren, was auch Konsequenzen für ihre wirtschaftliche Situation hat.“ Sinkt der Wert der Kohle, sinkt also auch der Wert des Unternehmens, das sie hortet.

ANLEGENDE SOLLTEN AN DEPOTCHECK DENKEN

Immer mehr Banken, Versicherer und Vermögensverwalter ziehen sich daher zum Beispiel schon heute aus Kohlefirmen zurück. „Die Deka hat für ihre aktiv gemanagten Fonds das potenzielle Investmentuniversum an Unternehmen mit Bezug zur Kohleförderung und -verarbeitung seit Februar 2020 stark eingeschränkt und entsprechende Investitionen reduziert“, erläutert Speich.

Private Anleger sind damit auf Dauer gut beraten, ihr Depot nach möglichen Verlierern der Energiewende abzuklopfen. Zugleich sollten sie an die Chancen denken, die der anstehende Umbau der Wirtschaft für viele Unternehmen bietet. „Die Digitalisierung von Prozessen in der Industrie, aber auch die Dezentralisierung der Energieversorgung bis auf die Ebene des einzelnen Haushalts durch Wärmepumpen, Energiespeicher und Fotovoltaik bietet insbesondere im Bereich von Einfamilienhäusern vergleichsweise großes CO₂-Einsparpotenzial“, sagt Klaus-Heiner Röhl, Ökonom beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

Auch Fondsmanager Schneider sieht hier Potenzial. „Fast alle großen europäischen Versorger wie etwa Eon oder Enel verfolgen eine 3-D-Politik: Dekarbonisierung, Dezentralisierung, Digitalisierung. Sie sind der Schlüssel für die Energiewende – in Deutschland wie in ganz Europa. Stimmen die Rahmenbedingungen und fokussieren sich Stromversorger auf ihre Kernkompetenz, bieten sie gute Investmentchancen“, so der Experte. „Die Energieinfrastruktur in vielen westlichen Ländern ist überaltert und muss erneuert werden. Damit besteht ein strukturelles Wachstumspotenzial.“ Für Schneider ergeben sich dadurch vielfältige Anlagemöglichkeiten. „Es gibt bestehende Unternehmen, die sich ‚vom Saulus zum Paulus‘ wandeln, aber auch neue Geschäftsmodelle von Unternehmen, die darauf ausgerichtet sind, Energie einzusparen, oder zum Beispiel den Umbau auf ressourcenschonende Prozesse planen.“

Audi zum Beispiel will von 2026 an nur noch Autos mit Elektromotor verkaufen. Mercedes möchte ab 2030 nachziehen. Die Lkw-Tochter von VW, Traton, arbeitet am Einsatz der Brennstoffzelle in Nutzfahrzeugen. Der Technologievorstand von Daimler Truck, Andreas Gorbach, sieht indes in den eigenen Fahrzeugen zunächst kein Potenzial für alternative nachhaltige Antriebe. Der Wirkungsgrad der Batterie sei weit höher als jener der Brennstoffzelle, das treffe aber auch auf den Diesel im Vergleich zum Benzinmotor zu, sagt er. Letzterer sei trotzdem weltweit der primäre Antrieb in der Fahrzeugindustrie. „Das liegt an der Ver-



Leise und sauber: Die Deutsche-Bahn-Tochter DB Schenker nutzt in Hamburg bereits Lastenfahräder, um auf der letzten Meile Waren auszuliefern.

fügbarekeit und den weltweiten Kraftstoffpreisen“, so Gorbach. Andere Unternehmen gehen die Energiewende smart an, so wie etwa Autobidder, das zu Tesla gehört. Das Unternehmen bietet unabhängigen Stromerzeugern, -versorgern, aber auch Investoren die Möglichkeit, zum Beispiel Stromspeicheranlagen eigenständig zu monetarisieren. Dafür hat Autobidder eine Onlineplattform aufgebaut, auf der professionelle, aber auch private Akteure Strom einschließlich der Systemdienste und Kapazitäten handeln können.

„Einen etwas anderen Ansatz fährt Enel X“, sagt Schneider. „Die Firma bietet für Elektroautos ein komplettes Sortiment intelligenter Ladeinfrastruktur für private Haushalte, Firmen und Kommunen an. Damit ist eine zeitliche Steuerung von Ladevorgängen

möglich, bis hin zu einem automatischen Last- und Flottenmanagement. Das ist mit dem Umstieg auf elektrisch angetriebene Fahrzeuge und dem damit verbundenen Bedarf an Ladestruktur allein schon in Deutschland ein Riesensmarkt.“ Die aktuelle Lieferkrise könnte allerdings kurzfristig ein Hemmschuh sein. Nach Ansicht von IW-Chef-Ökonom Michael Grömling würden die brüchigen Lieferketten die Investitionsbereitschaft in der Weltwirtschaft hemmen und damit

2022 zu einer möglichen Konjunkturbremse werden.

Langfristig jedoch wird das nichts daran ändern, dass das Bild auf der abendlichen Autofahrt entlang des rheinischen Braunkohlereviers ein anderes sein wird. Dort, wo heute Bagger nach Kohle graben, werden wahrscheinlich schon bald neue Windparks entstehen. Das optische Spektakel zum Sonnenuntergang wird dadurch nicht weniger reizvoll – nur ist es eben CO₂-neutral. ❗

„Die Energieinfrastruktur ist in vielen Ländern überaltert und muss erneuert werden“

MICHAEL SCHNEIDER,
FONDSMANAGER DER DEKA



INTERVIEW

„ÖKOSTROM IST DAS NEUE ÖL“

Claudia Kemfert ist Deutschlands renommierteste Wissenschaftlerin für Energie- und Klimaökonomie. Mit dem fondsmagazin spricht sie über Chancen aus dem Klimawandel, Aufgaben für Politik und Wirtschaft und Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Geldanlegende.

INTERVIEW: Thomas Luther

Frau Professorin Kemfert, wenn Sie in die Transformation der Energieversorgung investieren wollten, welche Branchen wären da besonders attraktiv?

Ich bin keine Investorin, sondern Wissenschaftlerin. Ich würde Investoren aber empfehlen, eine umfassende Transparenz zu den Risiken der Unternehmen über fossile Energien und Klimawandel einzufordern. Genauso würde ich den Unternehmen raten, für diese Transparenz zu sorgen, die Chancen des Klimaschutzes zu nutzen und zur Dekarbonisierung der gesamten Wirtschaft beizutragen. Das jedenfalls scheint mir zukunftsweisend und ökonomisch erfolversprechend.

Und umgekehrt: Welche Unternehmen und Branchen werden durch den Umstieg auf regenerative Energien besonders belastet?

Verlieren werden früher oder später jene Unternehmen, die weiter auf fossile Energie setzen. An Geschäftsmodellen der Vergangenheit festzuhalten, war unternehmerisch noch nie besonders von Erfolg gekrönt.

Die Preise für fossile Energieträger wie Öl und Gas sind in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Ist das eher gut oder schlecht fürs Erreichen der Klimaziele?

Hohe Preise für fossile Energien sind grundsätzlich ein Anreiz, Energie zu sparen und den Umstieg hin zu einer emissionsfreien Energiewelt zu beschleunigen. Die Energiewende hin zu mehr erneuerbarer Energie und ressourcenschonendem Umgang mit den Rohstoffen senkt die fossilen Energiekosten. Fälschlicherweise wird dieser Zusammenhang oftmals nicht gesehen. Steigende Kosten werden der Energiewende zugeschrieben. Die Politik reagiert leider oft sehr kurzfristig, manchmal geradezu panisch mit gegensteuernden Maßnahmen. Was wiederum dem Klimaschutzziel nicht hilft. Deswegen ist es ja so wichtig, vorausschauend zu handeln. Hätten wir die Energiewende vor 20 Jahren begonnen und konsequent umgesetzt, würden wir heute nicht mit solchen Preissprüngen zu kämpfen haben.

Sie haben im Vorfeld der Bundestagswahl kritisiert, dass das Programm keiner der im Parlament vertretenen Parteien ausreicht, damit Deutschland die Pariser Klimaziele erreicht. Was müsste denn passieren, damit das gelingt?

Das Allerwichtigste ist der deutlich schnellere Ausbau erneuerbarer Energien und ein Kohleausstieg bis 2030. Und: Wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, muss die nächste Regierung transparent machen, wie viel Treibhausgas-Budget uns noch verbleibt und wie die Klimaziele erreicht werden sollen. Dann ▼

▼
muss die Verkehrswende endlich auf den Weg gebracht werden – also weniger das Auto in den Mittelpunkt stellen, stattdessen klimafreundliche, soziale und faire Mobilitätsdienstleistungen. Zudem benötigen wir eine Stärkung des Schienenverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs sowie den Ausbau von Fahrrad- und Fußverkehr und der Ladeinfrastruktur. Mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft und die Dekarbonisierung der Industrie mittels gezielter Förderungen gehören auch noch dazu.

Kann es überhaupt bis 2045 gelingen, Deutschland klimaneutral zu machen?

Nur, wenn wir bei Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich flexibler werden. Die sind viel zu kompliziert. Wir brauchen eine Entschlackung und eine Erleichterung dieser Verfahren und dringend eine Digitalisierung all dieser Prozesse. Dann können und müssen wir früher als 2045 klimaneutral sein.

Sie fordern, die Industrie durch Energiesparmaßnahmen emissionsfrei zu machen und grünen Wasserstoff stärker zu fördern. Was schlagen Sie vor, damit diese Transformation wie von der noch amtierenden Bundesregierung vorgesehen bis 2045 gelingt?

Es ist entscheidend, dass der Wasserstoff grün ist, also nur aus erneuerbaren Energien gewonnen wird und weder zu Umwelt- noch zu sozialen oder anderen Konflikten führt. Grüner Wasserstoff ist aufwendig in der Herstellung und erfordert hohe Mengen an zusätzlichem Ökostrom. Das macht ihn kostbar, quasi zum Champagner unter den Energieträgern. Deswegen sollte er nur da zum Einsatz kommen, wo es keine direkte elektrische Alternative gibt. Dafür benötigen wir konkrete Standards, die eindeutig definiert und zertifiziert werden müssen.

Eine aktuelle Studie, an der das DIW federführend beteiligt war, kommt zum Ergebnis, dass das Konzept des

CO₂-Preises von der Politik überschätzt wird, weil es allein genommen nicht tauglich ist, um die Klimaziele zu erreichen. Warum?

Ein CO₂-Preis ist ein wirkungsvolles Instrument, um Emissionen zu verringern. Allerdings reicht er allein nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen. Um zum Beispiel eine ausreichende Lenkungswirkung im Verkehrssektor zu erzielen, bräuchten wir sehr hohe CO₂-Preise – von derzeit 25 auf mindestens 150 Euro pro Tonne. Ich halte es für unrealistisch, dass sich solche CO₂-Preise durchsetzen lassen. Daher ist es wichtig, dass wir flankierend andere Maßnahmen einführen, etwa die Stärkung von Schiene und öffentlichem Nahverkehr, die Verschärfung der Emissionsgrenzwerte für Fahrzeuge oder ein Tempolimit.

Der Strombedarf wird in den kommenden Jahren Prognosen zufolge deutlich stärker steigen als bislang angenommen. Ist es möglich, diese Lücke mit erneuerbaren Energien allein zu füllen?

Selbstverständlich. Allerdings müssen wir das Ausbautempo der erneuerbaren Energien erheblich erhöhen. Wir müssen mindestens drei-, wenn nicht sogar viermal so schnell werden – sonst bekommen wir eine Ökostrom-Lücke. Das bedeutet: Für die Windenergie müssen wir mehr Flächen ausweisen sowie Marktbarrieren und Hemmnisse abbauen.

Mit dieser Transformation sind hohe Kosten verbunden. Deutschland ist ein Hochlohnland. Wie lässt sich ein Abwandern oder Auslagern von „schmutziger“ Produktion in Länder mit weniger strengen Klimastandards verhindern?

Die Folgen des Klimawandels zerstören massiv Wert, wie wir jetzt immer häufiger erleben. Die Transformation dagegen und die damit verbundenen hohen Investitionen bringen Wertschöpfung hervor, Innovationen und neue Arbeitsplätze. Geeignete ▼



Preisexplosion: Sprit ist zuletzt deutlich teurer geworden. Nun aber kommen zunehmend elektrische Alternativen auf die Straße. Grüner Wasserstoff ist vorerst keine Alternative. Die Herstellung erfordert selbst hohe Mengen an Ökostrom.

ZUR PERSON

Claudia Kemfert

gilt als die Klimaexpertin in Deutschland schlechthin. Die promovierte Ökonomin leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin und ist Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität. Darüber hinaus ist sie Ko-Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen, Mitglied im Präsidium der deutschen Gesellschaft des Club of Rome sowie in den Klimabeiräten der Städte Hamburg und Dresden.



Rahmenbedingungen erleichtern solche Investitionen und treiben sie an. Daraus ergeben sich enorme wirtschaftliche Chancen für Unternehmen. Wir brauchen eine seriöse Kosten-Nutzen-Betrachtung. In Asien oder auch in den USA ist Klimaschutz bereits als Zukunftsmarkt im Blick. Um den Import klimaschädlicher Produkte zu verhindern, werden derzeit verschiedene Maßnahmen wie Klimazölle oder Ausgleichsabgaben diskutiert. Das macht das Abwandern der schmutzigen Produktion ins Ausland unattraktiv.

Wie lässt sich umgekehrt verhindern, dass Unternehmen aus dem Ausland ihre Produkte in Deutschland wegen fehlender oder geringer CO₂-Kosten günstiger als ihre deutschen Mitbewerber anbieten können?

Genau das verhindern die erwähnten Klimazölle oder Ausgleichsabgaben. Aber natürlich muss es auch darum gehen, dass möglichst viele Länder die Ziele des Pariser Abkommens verbindlich umsetzen und es einfach immer weniger schmutzige Produktion gibt – egal wo.

Bei der Diskussion über die Erreichung der Klimaziele geht es häufig um die Belastungen für Bürger und Wirtschaft. Gibt es denn auch Chancen für Unternehmen?

Durch die Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien, in Energie-Sparmaßnahmen oder auch in die nachhaltige Elektromobilität inklusive Ausbau der Ladeinfrastruktur entstehen jede Menge neue Geschäftsmodelle. Das sind enorme Chancen für kleine und große Unternehmen. Diese haben es selbst in der Hand, hier zuzugreifen. Ich sage es mal so: Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.

Welche Rolle spielt der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland bei der Klimawende?

Eine zentrale Rolle! Ohne Digitalisierung wird es nicht funktionieren. Wir brauchen Digitalisierung, um ein flexibles und intelligentes Energie- und Lastmanagement sicherzustellen. Wir brauchen Digitalisierung, um intelligente Mobilitätsdienstleistungen anzubieten. Wir brauchen Digitalisierung in allen Energiewende-Bereichen. Sie ist schlicht unverzichtbar für die Umsetzung von Klimaschutz und Energiewende.

Gerade in den Bereichen Energiespeicherung oder grüner Wasserstoff sind für marktreife Lösungen noch große Innovations- und Entwicklungsarbeit erforderlich. Wie sinnvoll ist es, dabei eher auf Technologieoffenheit oder einen von der Politik vordefinierten Pfad zu setzen?

Die viel beschworene Technologieoffenheit ist in Wahrheit eine Technologiebarriere. Ich nenne als Beispiel Mobilität: Die konventionellen Antriebstechnologien genießen derzeit viele Vorteile. Für die noch neue Elektromobilität ist eine neue Ladeinfrastruktur nötig. Das ist aufwendig und teuer. Wenn man parallel dazu auch noch Wasserstoffpipelines samt Tankstellen-Infrastruktur aufbaut, wird es mindestens doppelt so aufwendig. Zudem müsste man für den grünen Wasserstoff nochmals die vierfache Menge an Ökostrom produzieren. Spätestens dann wird es unbezahlbar. Statt ineffizienter Doppelstrukturen benötigen wir schnellstmöglich Technologieklarheit. Es liegt auf der Hand: Ökostrom ist das neue Öl. Deswegen müssen wir Ökostrom überall direkt zum Einsatz bringen und dürfen ihn nicht durch ineffiziente Umwandlungsprozesse verschwenden. ❗



Große Show bei der Baustellen-Party: Tesla-Chef Elon Musk auf der Bühne der Gigafactory in Grünheide in Brandenburg.

AKTIENFONDS

„UMWELTHEMEN SIND WACHSTUMSTHEMEN“

Ob in der EU, in den USA oder in China – die Politik will mehr Geld für den Klimaschutz investieren. Davon könnte auch der Fonds Deka-UmweltInvest profitieren.

TEXT: Robert Thiel

EU-Präsidentin Ursula von der Leyen scheut keine großen Worte. Der Green Deal, also das Vorhaben der Europäischen Union, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, sei Europas „Man on the moon“-Moment, also so bedeutend wie die Mondlandung für die Vereinigten Staaten, sagte die Politikerin schon vor zwei Jahren. Große Worte und große Zahlen: Ein Drittel der Investitionen des Aufbaupakets „Next Generation“ und des Siebenjahreshaushalts der EU, insgesamt 1,8 Billionen Euro, sollen in den Green Deal fließen. Damit will die EU bereits bis 2030 die Netto-Treibhausemissionen um mindestens 55 Prozent unter den Wert von 1990 drücken. Damals beliefen sich die Emissionen laut Bundesumweltamt auf knapp fünf Milliarden Tonnen Kohlendioxid.

Beistand erhält die EU jetzt nicht nur aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten: Der neue US-Präsident Joe Biden kämpft ehrgeizig gegen die Erderwärmung. Große Teile seines Billionen-Investitionspakets, das Straßen, Brücken, Gleise, Flughäfen, Häfen und Bahnhöfe in den USA modernisieren soll, soll in den Klimaschutz fließen, zum Beispiel in den Bau von Ladestationen für Elektroautos. Auch in China, weltweit mit Abstand vor den USA größter Emittent von klimaschädlichen Emissionen, streben die Machthaber nach mehr Klimaschutz. In Deutschland dürfte

der nächste Bundesfinanzminister mit einer Regierungsbeteiligung der Grünen mehr Geld für Investitionen im Kampf gegen die Klimakrise zur Verfügung stellen. Und im November beim nächsten UN-Klimagipfel in Glasgow wird das Thema wieder auf der Welt-Tagesordnung stehen.

Michael Schneider, Fondsmanager des Deka-UmweltInvest, kann sich deshalb bestätigt fühlen. „Politische Unterstützung für Investitionen in den Klima- und Umweltschutz ist immer gut“, sagt er. Schneider hofft darauf, dass so manches Unternehmen im Deka-UmweltInvest davon profitieren wird, wenn Politiker mehr Geld für ökologische Innovationen ausgeben werden.

Als der Themenfonds 2006 aufgelegt wurde, war die Deka damit einer der Pioniere in Deutschland. Inzwischen kommen immer mehr Fonds mit dem Etikett „nachhaltig“ auf den Markt. Klimaschutz und die Rettung des Planeten Erde wird Anlegerinnen und Anlegern zunehmend wichtiger. „In den vergange-

„Politische Unterstützung für Investitionen in den Klima- und Umweltschutz ist immer gut“

**MICHAEL SCHNEIDER,
FONDSMANAGER DEKA-UMWELTINVEST**

nen zwei, drei Jahren waren Nachhaltigkeits- und Umweltthemen schon sehr populär“, sagt Schneider. Der Aktienfonds mit einem Volumen von mittlerweile fast 1,7 Milliarden Euro habe deshalb „steigende Zuflüsse“ zu verzeichnen.

Schneider scannt für den UmweltInvest seit mehr als einem Jahrzehnt Firmen rund um den Globus, die eines gemeinsam haben: Sie bringen ökologische Innovationen voran. In Aktien von mehr als 100 Firmen hat mit seinem Fonds investiert, vor allem in den Vereinigten Staaten, Japan, Großbritannien, der Schweiz und Dänemark → Grafik.

PLEITE VON SOLARWORLD ZEIGT RISIKO

Die Unternehmen im Fondstopf bauen nicht nur Solarkraftwerke und Windturbinen. Sie machen Motoren effizienter, entwickeln neue Treibstoffe oder neue Techniken, um Emissionen zu verringern oder Wasser sauberer zu machen. „Ich schaue mir die Produktseite an, checke, was das Unternehmen herstellt und prüfe die Zukunftsaussichten“, sagt Schneider. Vor allem bei der Energie-Infrastruktur sieht er einen riesigen Nachholbedarf. Kraftwerke oder Stromleitungen seien in den westlichen Ländern zum Teil älter als 30 Jahre. Die Netze seien noch nicht so ausgerichtet, „dass wir die Energiewende hinbekommen“. Trotzdem hält er nichts davon, allein nur aufs Thema erneuerbare Energien zu setzen. Wie riskant das sei, zeige die Pleite des deutschen Herstellers Solarworld. Aktien aus der Branche hätten „eine Achterbahnfahrt“ mit starken Kursschwankungen hinter sich.

Auch für Schneiders Fonds sind die ESG-Kriterien wichtig. „E“ steht dabei für environmental, „S“ für social und „G“ für governance. In solchen nachhaltigen Fonds sollen also vor allem Aktien von Unternehmen stecken, die die Umwelt möglichst wenig schädigen, sich sozial vorbildlich verhalten und auf eine gute Unternehmensführung Wert legen. Laut Schneider werden alle Titel im Fonds nach ESG-Kriterien geprüft. Dabei werden Unternehmen ausgewählt, bei denen besonders das „E“ herausragt. Unter die-



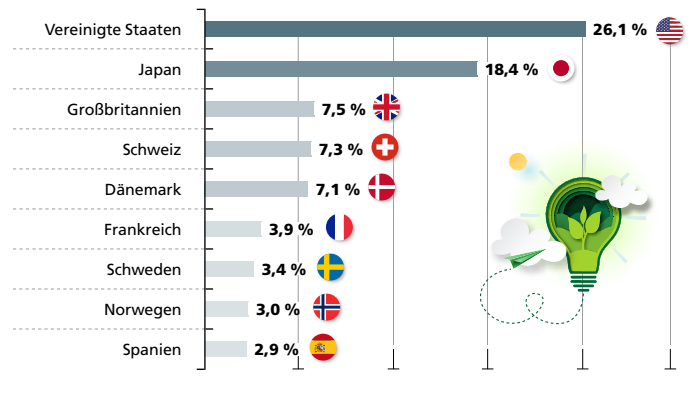
Nachholbedarf: Sehr viele Stromleitungen sind veraltet.

FONDSSTRUKTUR

USA vor Japan

Viele Unternehmen, die im Deko-UmweltInvest vertreten sind, befinden sich in den Vereinigten Staaten.

Anteile in Prozent gemäß Land der Konzernmutter



Quelle: DekaBank; Stand: 30.09.2021

sem Gesichtspunkt leiste jeder Titel im Portfolio einen Beitrag für mehr Klima- und Umweltschutz, so der Fondsmanager. Um chinesische Aktien macht er derzeit indes vorsichtshalber einen Bogen. Titel aus dem Reich der Mitte hätten großes Potenzial. Es sei aber schwer, zu kontrollieren, „was die Unternehmen wirklich tun“.

DIENSTLEISTER SIND AUCH IM FONDS

Größter Wert im Fonds war im Oktober Tesla. Der US-Elektrobauer setzt nicht nur Maßstäbe beim Bau von Elektroautos. Das Unternehmen liefert zum Beispiel in den USA den Käufern von Tesla-Autos die Solarmodule gleich mit, die so zu Hause ihren eigenen Strom erzeugen können. Vestas ist der zweitgrößte Wert im Fonds. Der Hersteller von Windkraftanlagen in Dänemark hat weltweit bereits 77.000 Windturbinen ausgeliefert. Das Geld der Anlegenden fließt aber auch in andere Branchen und Unternehmen, die auf dem Wachstumspfad sind. Das gilt etwa für die Themen Recycling, Wasserversorgung, fleischlose Ernährung sowie Dienstleistungen. SGS, ein Schweizer Unternehmen, ist zum Beispiel ein führender Anbieter für Dienstleistungen in den Bereichen Prüfen, Testen, Verifizieren und Zertifizieren – vergleichbar etwa mit dem TÜV Süd oder Nord in Deutschland. Schließlich muss die Sicherheit von neuen Industrieanlagen ja vorher getestet werden, damit sie in den Betrieb gehen können. Im Fonds vertreten ist auch das US-Unternehmen Tetra Tech, das bei großen Infrastruktur-Projekten Machbarkeitsstudien erstellt und berät.

Für die Zukunft ist Fondsmanager Schneider jedenfalls optimistisch: „Umweltthemen sind Wachstumsthemen. Sauberes Wasser, erneuerbare Energien, Klimawandel sind die großen Treiber“, sagt er. „Deshalb bin ich positiv gestimmt.“



REGIERUNGSBILDUNG

DIE AMPEL STEHT AUF GRÜN

Deutschlands erstes Dreierbündnis auf Bundesebene nimmt Formen an: Bei der Klima-, Steuer- oder Rentenpolitik stehen deutliche Veränderungen an. Das hat auch Folgen für Wertpapiersparerinnen und -sparer.

TEXT: Peter Weißenberg

Manchmal sagt ein Bild einfach mehr als 1.000 Worte: etwa, wenn die drei Verhandlungsführer Robert Habeck, Christian Lindner und Olaf Scholz nach ihren Gesprächsrunden zur Koalitionsbildung kurze Statements abgeben. Dann steht der gerade einmal 1,70 Meter messende SPD-Mann zwar meist in der Mitte – aber der Grüne und der Liberale links und rechts von ihm überragen Scholz ein deutliches Stück.

Beim Kräfteverhältnis schaffen FDP und Grüne dieses Verhältnis auch; allerdings nur gemeinsam: 25,7 Prozent hat die SPD bei der Bundestagswahl geholt. Die möglichen Partner der Kanzlerpartei kommen auf 26,3 Prozent – zusammengenommen. Und das ist dem gelb-grünen Teil der Ampel auch bewusst.

JUNIORPARTNER GEBEN DEN TON AN

Das Wahlergebnis hat die deutsche Politik auf den Kopf gestellt. „Erstmalig liegt der Ball für die Regierungsbildung nicht im Feld der großen Parteien, sondern bei den Juniorpartnern einer möglichen Regierungskoalition“, sagt Ulrich Kater, Chefvolkswirt der Deko. Und die haben sich schon im Vorfeld der Treffen mit der SPD auf Grundzüge ihres Kurses verständigt. Vor allem bei Gesell-

schaftspolitik, Klimawandel und Steuer-Grundregeln scheinen schon Kompromisslinien gefunden, wenn auch nicht im Detail. Und gemeinsame Vorhaben bringen Gelb-Grün auch in die Dreiergespräche ein.

Wichtigste Abmachung aber, so Habeck: „Alle mal Klappe halten und danach umso transparenter erklären, wie es gelaufen ist.“ Genau nach diesem ungewohnt geräuschlosen Motto laufen nun seit drei Wochen die Verhandlungen – und lassen die neuen Linien der Ampel-Politik erahnen. Und die haben auch Bedeutung für Wertpapiersparerinnen und -sparer.

„Für die FDP ist das Risiko am höchsten“

VOLKER KRONENBERG, PROFESSOR FÜR POLITIKWISSENSCHAFT DER UNI BONN

„Mehr oder weniger unabhängig von der Besetzung von Regierungs- und Ministerämtern eint die politische Landschaft in Deutschland, dass die großen Herausforderungen im Klimaschutz und dem Aufbau von digitaler Infrastruktur liegen“, sagt Kater. Diese Bereiche würden darum in den kommenden Jahren auch durch staatliche Initiativen stark unterstützt. Alle Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, werden hiervon profitieren. Gut für alle, die langfristig in diese Branchen investieren. ▼

Auch in anderen Feldern haben die Deka-Experten die Perspektiven der neuen Ampel-Politik analysiert. Einig sind sich die Fachleute da mit der Einschätzung des Politikwissenschaftlers Volker Kronenberg über die Herausforderung an das Bündnis. Der Professor der Uni Bonn sagt: „Für die FDP ist das Risiko am höchsten.“ Denn deren Wähler hätten nach wie vor die größten Schnittmengen mit der CDU-Programmatik. Und nach 2017 noch einmal ein Dreierbündnis platzen lassen, das sei auch hochproblematisch. Es geht also im Schlusspurt der Koalitionsbildung für die Liberalen darum, ihre Grundüberzeugungen durchzusetzen.

KONFLIKTSTOFF BEI STEUERN ABGERÄUMT

Zentrales Anliegen dabei, so die Deka-Experten: „Das Mantra der FDP, dass es zu keiner Steuererhöhung kommen darf.“ Das haben die Liberalen durchgesetzt. SPD und Grüne wollten eigentlich höhere Einkommen mehr belasten, die Vermögenssteuer wieder einführen und einiges mehr. Bei der Finanzierung neuer Vorhaben könnte nun ein Trick die Kuh vom Eis schaffen: Die Ampel könnte sich darauf einigen, die Gesamtsteuerbelastung neutral zu halten „und dem Volumen der Steuererhöhungen ein entsprechendes an Steuersenkungen gegenüberzustellen“, so die Deka-Experten. Die von der FDP gewünschte völlige Abschaffung des Solidaritätszuschlags übrigens könnten ohnehin die Bundesrichter in einem baldigen Urteil verfügen – schön für alle Anlegenden, die hohe Erträge aus ihrem Gesamteinkommen erzielen.

Sicher scheint auch bereits, dass das notwendige Ausgaben-volumen für die digitale und ökologische Transformation zu hoch sein wird, um es ohne zusätzliche Verschuldung stemmen zu können. „Das Vertrauen auf eine Art Selbstfinanzierung der Ausgaben durch Wachstum dürfte sich als Illusion erweisen“, warnt Kater. Aber auch hier könnten die Koalitionäre mit einem Kniff eine verfassungswidrige hohe Neuverschuldung umgehen, wie das die Liberalen verlangen: Solche Finanzierungen ließen sich über ein Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts bestreiten. Sondervermögen einzurichten ist möglich, wenn sie zur Erfüllung begrenzter Aufgaben des Bundes bestimmt sind und deshalb vom sonstigen Bundesvermögen getrennt verwaltet werden. Sie fallen dann auch nicht unter die Schuldenbremse. Auch die Einführung eines Klima-Solidaritätszuschlags ist denkbar.

Denn erhebliche Fortschritte beim Klimaschutz sind die rote Linie der Grünen – auf die sich die beiden kleineren Partner schon

**„Das Vertrauen auf eine Art
Selbstfinanzierung der Ausgaben
durch Wachstum dürfte sich
als Illusion erweisen“**

ULRICH KATER, CHEFVOLKSWIRT DER DEKA



Zünglein an der Waage bei der Bildung einer neuen Koalition: die Führungsspitze der Grünen, Robert Habeck und Annalena Baerbock, und das FDP-Duo Volker Wissing und Christian Lindner (v. l. n. r.).

in ihren Vorgesprächen verständigt haben. Grünen-Chef Habeck sagt denn auch: „Ohne klare Schritte zum Erfüllen der Pariser Klimaziele wird es keine Koalition geben.“

ALTERSVERSORGUNG ALS BAUSTELLE

Experte Kater betont, die Belastung der Firmen sei an einer Grenze angekommen: „Es hat keinen Sinn, wenn Produktion ins Ausland abwandert; das hilft weder der Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmen zum Klimaschutz noch dem Klima selbst.“ Hier wird also die ganze Gesellschaft durch höhere Abgaben den Umbau mitfinanzieren müssen. Wer indes etwa durch Solaranlagen, Elektroautos oder Wärmedämmung die eigene Energiewende befeuert, wird durch Subventionen die neuen Lasten deutlich abmildern.

Mit die größte Baustelle für die Ampel ist aber die Altersversorgung: Die staatliche Rente wird wegen der stark steigenden Zahl der Alten nur durch höheres Eintrittsalter, sinkendes Rentenniveau oder steigende Steuern zu finanzieren sein – vor allem die ersten beiden Maßnahmen wollen die Koalitionäre aber nicht. Hier dürfte es darum zum nächsten Anbau an das staatliche System kommen: eine zusätzliche Säule der Altersvorsorge. „Die soll nahezu ausschließlich aus langfristigen Investitionen in Aktien und Anleihen bestehen, was angesichts der gegenwärtigen und künftig zu erwartenden Zinskonstellation sinnvoll erscheint“, sieht Kater voraus. Langfristig, breit gestreut und stetig in die Realwirtschaft investieren, das ist eben schon lange eine gute Strategie. Jetzt stehen dafür auch die Äpfel in der Bundespolitik auf Grün. ❗

Ein Kinderspiel: Sparen lernen ist wichtig, richtig Geld vermehren braucht aber mehr als das Schweinchen.



WELTSPARTAG

DAS SPARSCHWEIN RICHTIG FÜTTERN

2.858.100.000.000 Euro – diese unfassbar hohe Summe haben die Bundesbürger in ihrem kollektiven Sparschwein. Die fast drei Billionen entsprechen dem Geldvermögen aller Menschen hierzulande, das unter anderem im Geldbeutel, auf dem Girokonto oder dem Sparbuch liegt. Mit dem Sparschwein aus Porzellan hat dieses Geld zweierlei gemein: Es wirft in Nullzinszeiten praktisch keinerlei festen Ertrag mehr ab, gleichzeitig sorgt die Inflation dafür, dass dieses Vermögen derzeit kräftig an Wert verliert.

In Deutschland legte die Inflationsrate zuletzt um 4,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat zu. Besonders stark steigen derzeit die Preise für Energie. Die Teuerung schmälert die Kaufkraft der Menschen. Höchste Zeit also, gegenzusteuern; und kein Stichtag eignet sich dafür besser als der 29. Oktober: Weltspartag. Diesen hat das Weltinstitut der Sparkassen 1925 erstmals ausgerufen – auch damals in turbulenten Zeiten kurz nach der Hyperinflation in

Deutschland. So schlimm wird es auf absehbare Zeit bei Weitem nicht mehr, wie etwa der Internationale Währungsfonds versichert. Die Teuerung dürfte vielmehr 2022 wieder sinken.

Trotzdem bleibt die Gewissheit: Im Sparschwein, auf dem Girokonto oder als einjähriges Festgeld wird die reale Kaufkraft des Vermögens weiter schwinden. Ulrich Kater, Chefvolkswirt der DekaBank, betont jedoch: „Das Bedürfnis zu sparen bleibt – trotz Niedrigzins und steigender Inflation.“ Es sei „die Art, wie man spart, die sich ändern muss“, so Kater. Mit einem Sparplan auf Fonds, die in Realwerte wie Aktien oder Immobilien investieren, war die Geldentwertung in der Langfristanalyse bisher deutlich schlagbar; auch wenn Entwicklungen der Vergangenheit grundsätzlich nicht für die Zukunft gelten müssen.

Mehr zum cleveren Sparen und Informationen rund um den Weltspartag unter www.sparkasse.de/weltspartag.

Was die Märkte bewegt, was Anleger wissen müssen – wenn Sie sich regelmäßig fundiert über Finanzmärkte und Anlagechancen informieren möchten, dann lesen Sie doch den kostenlosen, monatlichen fondsmagazin-Newsletter.

→ **Abonnieren Sie diesen auf www.fondsmagazin.de**

Impressum

Herausgeber: DekaBank, Mainzer Landstr. 16, 60325 Frankfurt, www.dekabank.de.

Verlag: Deutscher Sparkassen Verlag GmbH (DSV), Am Wallgraben 115, 70565 Stuttgart. www.fondsmagazin.de, E-Mail: fondsmagazin@deka.de, Fax: 0711 782-21120

Postanschrift: fondsmagazin Leserservice, Am Wallgraben 115, 70565 Stuttgart.

Sie möchten uns schreiben? Schicken Sie Ihre Anregungen, Ideen und natürlich auch Kritik ganz einfach per E-Mail an fondsmagazin@deka.de.

Chefredakteur: Olivier Löffler (V.i.S.d.P.)

Verantwortlicher Redakteur: Ralf Kustermann

Redaktion: Helene Adam, Ines Pfaff, Michael Merklinger, Diana Pfordte, Robert Thiel, Peter Weißenberg

Grafik/Infografiken: KD1 Designagentur, Köln

Artikel, die mit Namen oder Signets des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Trotz sorgfältiger Auswahl der Quellen kann für die Richtigkeit des Inhalts keine Haftung übernommen werden. Die Angaben dienen der Information und sind keine Aufforderungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren.

Allein verbindliche Grundlage für den Erwerb von Deka Investmentfonds sind die jeweiligen Wesentlichen Anlegerinformationen, die jeweiligen Verkaufsprospekte und die jeweiligen Berichte, die in deutscher Sprache bei Ihrer Sparkasse oder der DekaBank Deutsche Girozentrale, 60625 Frankfurt und unter www.deka.de, erhältlich sind. Eine Zusammenfassung der Anlegerrechte in deutscher Sprache inklusive weiterer Informationen zu Instrumenten der kollektiven Rechtsdurchsetzung ist auf <https://www.deka.de/privatkunden/kontakt/kundenbeschwerdemanagement> zu finden. Die Verwaltungsgesellschaft des Investmentfonds kann jederzeit beschließen, den Vertrieb zu widerrufen.